SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Die Außenpolitik islamischer Länder gegenüber den Sahel-Staaten

Kampmann, Bernhard

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Kampmann, B. (2017). *Die Außenpolitik islamischer Länder gegenüber den Sahel-Staaten.* (GIGA Focus Afrika, 6). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Afrika-Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-54414-3

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-ND Lizenz (Namensnennung-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-ND Licence (Attribution-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

GIGA Focus | AFRIKA

Bernhard Kampmann

Bernhard Kampmann
Diplomat in Residence and Fellow
bernhard.kampmann@giga-hamburg.de

GIGA German Institute of Global and Area Studies
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien
Neuer Jungfernstieg 21
20354 Hamburg

www.giga-hamburg.de/giga-focus

Die Außenpolitik islamischer Länder gegenüber den Sahel-Staaten

GIGA Focus | Afrika | Nummer 6 | Oktober 2017 | ISSN 1862-3603

Ägypten, Algerien, Iran, Marokko, Saudi-Arabien und andere Golfstaaten sowie die Türkei sind traditionell im Sahel aktiv: Ihre Außenpolitik gegenüber den Sahel-Staaten schließt religiöse, gesellschaftliche und kulturelle Aspekte ein, aber auch politische Beziehungen im engeren Sinn sowie wirtschaftliche Beziehungen und Entwicklungszusammenarbeit.

- Islamische Missionierung hat in der Region eine lange Tradition und wirkt zum Teil destabilisierend. Allerdings ist die Destabilisierung nicht die zentrale Zielsetzung, sonst wäre diese seit den 1970er Jahren längst überall Realität.

- Daneben gibt es durchaus auf Stabilisierung gerichtete Einflüsse islamisch geprägter Staaten, beispielsweise aus Ägypten und Marokko. Entsprechende Aktivitäten sollte die Europäische Union aufmerksam prüfen, um Anknüpfungspunkte für gemeinsame Ansätze auszuloten.

- Ein gleichgerichtetes, im Bedarfsfall auch abgestimmtes Vorgehen etwa zur Sicherung seriöser religiöser Bildung und Praxis liegt ebenso im Interesse der Sahel-Staaten wie im europäischen Interesse.

- Destabilisierende Wirkungen, zum Beispiel durch das Agieren nicht ausreichend kontrollierter Prediger, sollten gemeinsam mit den Behörden der betroffenen Staaten beobachtet und möglichst in Zusammenarbeit mit Partnern der islamischen Welt, wie Marokko oder Ägypten, zurückgedrängt werden. Neue „Dreieckskooperationen“ zwischen den Staaten des Sahel, islamischen Ländern anderer Regionen und der EU sollten kein Tabu sein.

- Auch Formen der Zusammenarbeit mit den traditionellen „Bruderschaften“ Westafrikas in vertretbaren Einzelbereichen könnten die rein zwischenstaatliche Zusammenarbeit ergänzen.

Fazit

Die realistische Beurteilung möglicher destabilisierender Effekte durch Einflüsse externer islamischer Länder im Sahel ist von besonderer Bedeutung für die europäische Politik. Sie darf nicht auf einem ungeprüften Vorverständnis beruhen. Wo außenpolitische Akteure der islamischen Welt stabilisierend wirken, sollten gemeinsam mit ihnen Optionen des Zusammenwirkens ausgelotet werden.

Islamisten im Sahel

Als im Januar 2012 islamistische Milizen im Norden Malis die regulären Streitkräfte angriffen und sehr schnell in Richtung Süden vordrangen, zerschlug sich damit eine Illusion, die in westlichen Ländern, allen voran den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), in Bezug auf die Sahel-Staaten und insbesondere auf Mali verbreitet war: Dass der Sahel eine eng mit der EU kooperierende Region sei – und dass Mali innerhalb der Region als vergleichsweise stabiler Staat gelten könne, in dem internationale Entwicklungshilfe relativ sinnvoll und kontinuierlich im Sinne wirtschaftlicher Prosperität eingesetzt wird.

Der malische Staat war zu diesem Zeitpunkt akut gefährdet. Ohne schnelles militärisches Eingreifen europäischer Länder hätte es zur Machtübernahme der Extremisten in Bamako kommen können. Damit wären Nachbarstaaten wie Mauretanien, Niger, Burkina Faso und Senegal in einen Zustand permanenter Bedrohung geraten. Die Fragilität der gesamten Region wurde jetzt offensichtlich, die sich über Jahrzehnte entwickelt hatte und der – jedenfalls von offizieller Seite – nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt worden war. Im Vertrauen auf die überkommene Vorstellung, die Staaten der Sahel-Region seien „resilient" – also durch eine relativ zu anderen Regionen besser funktionierende Staatlichkeit, seriöse Streitkräfte und eine umfassende internationale Präsenz widerstandsfähig gegen Krisenlagen –, hatten die Akteure europäischer Außenpolitik keine ausreichenden Instrumente zur Eindämmung von Krisen vorgesehen. Plötzlich musste man sich in Brüssel, Paris, Den Haag und Berlin eingestehen, dass auch andere als widerstandsfähig eingeschätzte Staaten möglicherweise einer neuen Aufmerksamkeit bedurften, etwa Senegal.

Es war daher konsequent, dass die EU begann, eine regional ausgerichtete Strategie zur Krisenbewältigung und -prävention auszuarbeiten. Dazu gehörten:

- die Einsetzung eines Sahel-Beauftragten der Hohen Vertreterin für die EU-Außenpolitik im Jahr 2013,
- die Neufassung der Sahel-Strategie im Jahr 2015 sowie
- die erstmalige Bereitstellung gezielt konfliktpräventiver, regional orientierter Mittel im Friedens- und Stabilitätsinstrument der Europäischen Kommission in der Finanziellen Vorausschau 2014-2020, beispielsweise für das Projekt „Regional Support for the Analysis, Programming and Operationalisation of the Fight against Radicalisation in the Sahel and Maghreb" 2015/16.

Es gab dafür nicht nur Anerkennung, sondern auch Spott, etwa von Regionalwissenschaftlern, die bereits früher auf die Sicherheitsprobleme hingewiesen hatten (z.B. Sambe 2010). Der EU und insbesondere Frankreich wurde vorgeworfen, sie habe sich von der Entwicklung überraschen lassen. Seit Jahren sei die Sahel-Region von anderen Akteuren, die mit der EU konkurrierende oder der EU entgegengesetzte Zielsetzungen verfolgten, als eine Gesamtregion mit gemeinsamen Herausforderungen und Chancen begriffen worden. Entsprechend seien diese Akteure dabei, mit einem regionalen Ansatz ihren Einfluss auszubauen. Dazu wurden stets auch religiöse Missionierung betreibende Staaten der Arabischen Halbinsel und des Persischen Golfs, aber auch Ägypten und Marokko gezählt.

Welche Ziele haben islamische Staaten in der Sahel-Region verfolgt und wie weit sind sie dabei gekommen? Im Folgenden soll beleuchtet werden, wie die bedeutendsten der im Sahel tätigen Akteure aus der islamischen Welt auftreten. Auf die Zielsetzungen Indiens, Chinas und der traditionell starken westlichen Geber-

nationen Kanada, Japan und auch Südkorea kann in diesem Rahmen nicht eingegangen werden.

Das Agieren der Staaten der Arabischen Halbinsel

Die Beziehungen der muslimischen Staaten zur Sahel-Region sind – wie ihre Außenpolitik generell, allen voran die Saudi-Arabiens – von religiösen Zielsetzungen geprägt. Seit Jahrhunderten beschäftigen sich Vertreter des Islam mit der Region, ein unterschiedlich begründetes Interesse, das aber stets von Anteilnahme an der Religiosität der Völker des Sahel geprägt war. Zunächst galt es der Frage, ob Handel und Wandel mit nichtmuslimischen, ja, nicht einmal einer der anderen Buchreligionen Judentum und Christentum zuneigenden Völkern südlich der Sahara einem gläubigen Muslim erlaubt seien. Dazu kamen Fragen der Missionierung bis hin zu eher paternalistisch geprägten Betrachtungen, auf welche Weise den Menschen dieser Region der rechte Glaube möglichst wirksam vermittelt und wie sie zur Observanz angehalten werden könnten. Debattiert wurde auch, ob autochthone afrikanische Einflüsse eingegrenzt werden müssten, wenn sie dem Islam schadeten. All diese Fragen haben die Zentren des islamischen Geisteslebens im Maghreb, in Ägypten und im Mittleren Osten intensiv beschäftigt (Pouwels und Levtzion 2000: 63).

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die Staaten der Arabischen Halbinsel und die Golfstaaten, die ihr politisch-kulturelles und religiöses Agieren als Einheit begreifen, in den Staaten des Sahel seit Langem selbstverständlich präsent sind. Mit der Unabhängigkeit der Sahel-Staaten um die Mitte des 20. Jahrhunderts folgten diplomatisch-politische Beziehungen, aber auch – wie immer schon – solche karitativer, gesellschaftlicher, kultureller und spiritueller Natur sowie intensive Aktivitäten im Bildungssektor, auch durch Stipendienvergabe für theologische Studien. Je stärker die Erlöse aus dem Erdöl- und Gasexport stiegen, desto mehr gingen diese nahöstlichen Staaten dazu über, religiöse „Hardware", also den Bau von Moscheen zu unterstützen. Die ausnahmslos von religiösen Autoritäten flankierten monarchischen Regierungen der arabischen Halbinsel fanden in den Sahel-Staaten ein geeignetes Betätigungsfeld, ihren religiösen Pflichten zu genügen, indem sie den materiell weniger begünstigten Völkern muslimischen Glaubens im Sahel in wirtschaftlicher, sozialer, religiöser und politischer Hinsicht Beistand leisteten. Man muss gar nicht davon ausgehen, dass diesen Aktivitäten in erster Linie eine missionarische Zielsetzung zugrunde lag, doch allein der Umfang der Aktivitäten bedeutete Einflussnahme. Wer einen Moscheebau finanziert, wird früher oder später vor die Frage gestellt, ob dort auch die geeigneten Prediger tätig sind. Anders ausgedrückt: Unterstützung für die „Hardware" führt häufig dazu, dass auch Beiträge zu den Inhalten der religiösen Praxis für notwendig erachtet werden. Das ist nicht viel anders als bei Hilfsleistungen von westlichen Staaten: Wer das Gebäude für ein Krankenhaus zur Verfügung stellt, kann sich nicht von der Verantwortung dafür lossagen, ob und wie solide ausgebildetes Personal in diesem Krankenhaus bereitgestellt werden kann, um die mit der Errichtung des Gebäudes intendierte Gesundheitsversorgung tatsächlich zu gewährleisten.

Selbstverständlich war die Förderung der arabischen Sprache Bestandteil der kulturellen Zusammenarbeit, was die Koranlektüre einschloss, sich aber nicht darauf beschränkte; angestrebt wurde die Stärkung des Arabischen im Bildungswe-

sen der Sahel-Staaten generell. Allerdings können zusätzliche Bildungsangebote, die Teil des öffentlichen Bildungsangebots werden, in Gesellschaften, in denen das staatliche Bildungswesen ohnehin in einer prekären Lage ist und in denen die Anforderungen einer ausreichenden Grund-, Sekundar- und Hochschulbildung finanziell auch nicht annähernd bewältigt werden, Verdrängungseffekte bewirken. Faktisch bedeuteten die Bemühungen der arabischen Staaten um die Förderung des arabischen Sprachunterrichts durchaus einen Qualitätsverlust des Unterrichts in westlichen Sprachen, in der hier betrachteten Region besonders im Französischen – das gilt unabhängig davon, ob man unterstellt, dass genau dies das Ziel der besonderen Förderung des Arabischen war. Insbesondere in den naturwissenschaftlichen Fächern konnte die Kenntnis des Französischen durch Arabischkenntnisse bislang nicht ersetzt werden, trotz entsprechender Versuche etwa in Algerien und obwohl das Arabische gewiss dazu geeignet wäre. Dazu reicht das für die Schüler erreichbare Sprachniveau im Arabischen nicht aus. Am Beispiel Senegal zeigt sich das Dilemma: Die Regierung hatte im Jahr 2013 die notwendigen Schritte unternommen, um das Ablegen des Abiturs auch in arabischer Sprache zu ermöglichen. Die Studierenden, die mit einem solchen Reifezeugnis an die Universitäten kommen, haben allerdings zumeist nicht die notwendigen Voraussetzungen, um naturwissenschaftliche Fächer zu studieren. Selbst die arabisch-affinen geisteswissenschaftlichen Fächer setzen meist doch erheblich bessere Arabischkenntnisse voraus, als das Abitur sie verlangt, sodass nicht einmal hier ein Studienerfolg garantiert ist. Die zur Wahrung des gesellschaftlichen Friedens getroffene Entscheidung über die Einführung des Abiturs in arabischer Sprache hat somit offensichtlich dazu beigetragen, große Teile der Jahrgänge, die seither das Gymnasium abschließen, in ein wirtschaftliches Abseits zu führen. Die Erfahrungen der Universitäten Cheikh Anta Diop in Dakar sowie Gaston Berger in Saint Louis du Sénégal mit den jüngsten Studienjahrgängen stehen beispielhaft dafür (Sambe und Ba 2013: 3; Timbuktu Institute 2016: 15 sowie Gespräche des Autors mit den Verfassern der Studie).

In den Jahrzehnten seit der Unabhängigkeit der Sahel-Staaten intensivierte sich die Zusammenarbeit in den genannten Bereichen, unter anderem bei der Vergabe von Stipendien. Einige der Stipendiaten, die Fortbildungsaufenthalte in Saudi-Arabien absolviert hatten, nutzten ihre damit gewachsene Autorität. Nicht selten werden Gläubige im Sahel bei der Erwähnung eines Bildungsaufenthalts auf der Arabischen Halbinsel an die Gründer von Bruderschaften aus dem 19. Jahrhundert erinnert, beispielsweise an Al-Hadj Omar bin Said Tall (1796-1864) und seine Bedeutung für die Tijianiya, eine der wichtigsten Sufi-Bruderschaften im Sahel. Bestandteil der Biographien solch hochrespektierter Persönlichkeiten, die von Generation zu Generation überliefert werden, ist häufig eine unter den Bedingungen des 19. Jahrhunderts sehr lange, oft Jahre dauernde Pilgerreise nach Mekka, deren Erfahrungen und Erkenntnisse später unterweisend in den Bruderschaften weitergegeben wurden. Mit dieser Aura religiöser Autorität treten die heutigen, selbst ernannten Prediger als Lehrer, aber auch missionierend auf. In Senegal etwa scharten sie zunächst an Universitäten „Gleichgesinnte“ um sich. Unter den Studierenden bildeten sich häufig scharf konkurrierende Gruppierungen, ein das Campus-Leben spätestens seit den 1990er Jahren prägendes (und von der Konzentration auf Studieninhalte zunehmend ablenkendes) Phänomen, dem Universitätsleitungen und Regierung mit nur mäßigem Erfolg entgegenzuwirken suchten (Sambe und Ba 2013: 4-5).

Gesellschaftlich unter Umständen wichtiger und in den Folgen noch nicht abschätzbar ist aber die Herausforderung für die traditionellen Autoritäten des Islam in der Region, einer in „Bruderschaften“ organisierten Ausprägung des Sufi-Islam. In vielen Bereichen sind diese traditionellen Autoritäten, die in der Art mittelalterlicher „Domkapitel“ das spirituelle wie das weltliche Miteinander ihrer Gemeinschaften ordnen, bedeutsamer als die staatlichen Strukturen etwa in Mali und in Senegal, zumindest in ländlichen Regionen. Seit etwa zwei Jahrhunderten haben diese „Domkapitel“ – regelmäßig ein Kreis von „Kalifen“, „Sheikhs“ oder „Marabouts“, der in der Art eines Ordens arbeitet und dessen personelle Zusammensetzung zumeist familiendynastisch vererbt wird – die Verantwortung für das Wohlergehen und ein gedeihliches Miteinander der sich ihnen zuordnenden Gemeinde oder Gemeinschaft wahrgenommen (Behrmann 1970; Cruise O'Brien 1971; Coulon 1981; Karrat 1992; Vikør 2000). Die Herausforderungen, denen sich auch diese Gemeinschaften in jüngster Zeit ausgesetzt sehen und die vor allem aus dem rasanten demographischen Wachstum in allen Sahel-Staaten resultieren, haben ohnehin Zweifel daran entstehen lassen, ob die Bruderschafts-Autoritäten tatsächlich noch die für die Hebung oder Wahrung des Wohlstands beste Organisationsform darstellen. Diese Krise wird von mehr oder weniger seriösen Heilspredigern genutzt, die ihre Autorität meist aus Aufenthalten in Golfstaaten ableiten und mit weltlich-wirtschaftlichen Verheißungen einerseits und spiritueller Kritik an der Organisationsform der Bruderschaften andererseits die traditionellen Herrschaftsformen infrage stellen – und die Bruderschaften damit zu Reaktionen zwingen (Sambe und Ba 2013: 5; Timbuktu Institute 2016: 2).

Zum Engagement arabischer Golfstaaten im Sahel gehören natürlich auch außenwirtschaftliche Aktivitäten. Schon seit Jahrzehnten – mit zuletzt allerdings abnehmender Tendenz – sind Unternehmen aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) im Infrastrukturbereich aktiv. Der Hafenausbau und der neue Flughafen für Senegals Hauptstadt Dakar sind nur zwei Beispiele. An beiden Projekten werden allerdings auch die Grenzen dieser Form der Zusammenarbeit deutlich: Der Hafenausbau in Dakar durch die VAE-Gesellschaft Dubai Ports wurde nach der Amtsübernahme von Präsident Macky Sall im Jahr 2012 so intensiv wegen Korruption unter die Lupe genommen, dass das eigentliche Ziel des Engagements der Gesellschaft nicht mehr erreichbar war und aufgegeben wurde. Auch die Saudi Binladin Group beendete schließlich ihre Aktivitäten zum Bau des neuen Flughafens von Dakar, nachdem zahlreiche Streitigkeiten über ausbleibende Zahlungen von senegalesischer Seite zu Verzögerungen geführt hatten und trotz einer persönlichen Intervention des neuen saudischen Königs Salman im Jahr 2015. [1]

Die starke Präsenz von Staaten der Arabischen Halbinsel oder des Persischen Golfs im Sahel hat zwar eine lange Tradition, eine definierte Zielsetzung der Zusammenarbeit wird allerdings nicht deutlich. Entstanden auf der Basis der karitativen Ausrichtung des Islam und auch aus dem Bedürfnis, islamische Brudervölker bei der Ausübung ihrer Religion materiell und spirituell zu unterstützen, hat diese Präsenz eindeutig Wirkungen gezeigt. Allerdings sind darunter aus der Sicht der Sahel-Staaten selbst durchaus auch politisch unerwünschte Wirkungen. Es sei an das Verbot der weiblichen Vollverschleierung durch die Regierungen des Tschad und Guineas im Jahr 2015 erinnert, das 2016 zu einem Beschluss der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS führte, allen ihren Mitgliedstaaten eine entsprechende Verbotsgesetzgebung freizustellen. Auch die Herausforderung oder

1 „Wirtschaftliche Zusammenarbeit“ oder „Zusammenarbeit zu nachhaltiger Entwicklung“ in unserer Terminologie, etwa nach den Definitionen des Development Assistance Committee (DAC) der OECD, über konzessionäre Kreditgewährung oder staatlich finanzierte Projekte findet vonseiten arabischer Staaten kaum statt.

Schwächung der traditionellen Autoritäten und der Bruderschaften des Sufi-Islam wird in Westafrika und im Sahel zweifellos als unerwünschte Folge betrachtet, denn diese Gemeinschaften haben durchgehend zur Stabilität der Staaten und Gesellschaften beigetragen (Seesemann 2016; Sambe und Ba 2013). Eine zielgerichtete Einflussnahme der arabischen Staaten, um genau diese negativen Wirkungen herbeizuführen, kann nicht mit Gewissheit festgestellt werden. Was möglich ist und von einigen Bruderschaften als Vorwurf erhoben wird, ist eine grundsätzlich kritische Einstellung der sunnitisch-wahhabitischen geistlichen Politikberater des saudischen Königshauses gegenüber dieser Organisationsform und ihre gezielte Schwächung durch eine entsprechende Missionspolitik. Daran ist eines richtig: Seit der Revolution in Iran ist die saudische Politik gegenüber Subsahara-Afrika insgesamt von der Einstellung getrieben, der Iran und seine schiitische geistliche Führung versuchten, alle Anknüpfungspunkte zu nutzen, um ihren Einfluss zu stärken – und dazu gehört aus Sicht Saudi-Arabiens eine gewisse Verwandtschaft von schiitischen und Sufi-Traditionen. Dem versucht Riad durch eigene Präsenz und aktive Einflussnahme Einhalt zu gebieten. Allerdings sind die Möglichkeiten des Iran aufgrund der Sanktionen und ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen seit mittlerweile eineinhalb Jahrzehnten deutlich eingeschränkt, sodass die Befürchtungen Riads heute übertrieben erscheinen.

Die Präsenz von Vertretern strenggläubiger sunnitischer Religiosität könnte extremistische religiöse Tendenzen in den Sahel-Staaten stärken. Extremistische Bewegungen wie Al-Qaida au Maghreb Islamique (AQMI), Boko Haram, Islamischer Staat, Mouvement pour l'unicité et le jihad en Afrique de l'Ouest (MUJAO) und andere, die auch im Sahel aktiv sind und deren Aktionen teilweise von erheblicher Grausamkeit gekennzeichnet sind, berufen sich regelmäßig auf die Religion und vertreten eine rigide Religionspraxis, um möglichst fürchterlich „strafen" und „vergelten" zu können. Dass diese Bewegungen nur allzu gerne vermeintliche oder tatsächlich geäußerte Kritik von als besonders streng geltenden Schulen oder Gruppierungen wie den Wahhabiten aufgreifen, um Trennlinien ziehen zu können, ist gewiss richtig und dürfte bei den Auseinandersetzungen in der Sahel-Region eine Rolle spielen. Der Angriff der Al-Qaida-nahen Terroristen in Mali im Jahr 2012 war jedenfalls auch gegen die Bruderschaften gerichtet, deren Strukturen dort schwersten Schaden genommen haben, die nach Einschätzung mancher Beobachter sogar irreparabel sind, und die damit für die Zukunftsgestaltung Malis möglicherweise ganz ausfallen (siehe z.B. Sambe und Ba 2013: 7).

Die Bedeutung Ägyptens für die Sahel-Region

Die Außenpolitik Ägyptens gegenüber den Staaten Subsahara-Afrikas war phasenweise unterschiedlich geprägt, je nachdem, ob die Politik stärker die arabische oder die afrikanische Identität des Landes in den Vordergrund stellte. Dennoch: Die Verbindungen und Bindungen durch den Islam, die insbesondere auf das seit Jahrhunderten überragende Gewicht der Stadt Kairo und der Al-Azhar-Universität im islamischen Kultur- und Geistesleben zurückzuführen sind, stellen stets einen wichtigen Ton im Akkord der ägyptischen Außenpolitik dar. Im letzten Jahrzehnt haben die innenpolitischen Ereignisse in Ägypten die jeweils Verantwortlichen genötigt, der Stabilisierung im Inneren besondere Aufmerksamkeit zu schenken,

sodass der Bewegungsspielraum für spektakuläre außenpolitische Initiativen nicht sehr groß war. Dass die Beziehungen zu westafrikanischen Staaten, darunter besonders Senegal, dennoch kontinuierlich und gerade im Bildungsbereich mit großer Intensität fortgesetzt wurden, zeigt, wie stark diese ägyptische Tradition dennoch geblieben ist. Zu jeder Zeit haben Theologen, Imame oder auch nur an religiösen Fragen besonders Interessierte aus dem Sahel Fortbildungsmöglichkeiten an der Al-Azhar gesucht – in dieser Hinsicht ist die religiöse und kulturelle Bedeutung der Einrichtung durchaus vergleichbar mit der Saudi-Arabiens. Zuletzt hat der neue Präsident Muhamad al-Sisi dem Zusammenhang zwischen seriöser Ausbildung in Kairo und dem späteren Einfluss der in den Sahel zurückkehrenden Absolventen besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Dass eine unzureichende oder absichtlich fehlgeleitete religiöse Bildungsarbeit globalen Radikalisierungstendenzen (keineswegs nur im Islam) Vorschub leisten kann, ist auch von sicherheitspolitischer Bedeutung, auch in Ägypten selbst.

Marokko dehnt seinen Einfluss aus

König Mohammed VI. hat seit 1999 eine akzentuierte Hinwendung zu Afrika insgesamt, besonders aber zu den Staaten des Sahel und Westafrikas eingeleitet. Der marokkanische König baut dabei auf die Anerkennung seiner dynastischen Herkunft und die alten Bindungen der Sufi-Bruderschaften der gesamten Region zum marokkanischen König als „Herr über die Gläubigen". Er führt neben zahlreichen anderen offiziellen Titeln auch einen, der den Anspruch auf zumindest die geistige Führung der Gläubigen in der Region des Senegalflusses ausdrückt. Vielen Menschen im Sahel, die auf der Suche nach einer politischen Identität sind, fällt es leichter, sich auf den marokkanischen König zu beziehen als auf den eigenen laizistischen republikanischen Präsidenten, dessen Amtszuschnitt und -verständnis ihnen die Staatsbildung auf der Basis französischer Kolonisierung gewissermaßen „hinterlassen" hat. Das genießen im günstigsten Fall alle Seiten: Mohammed VI. machte in den Jahren 2015 und 2016 besonders lange Staatsbesuche in Senegal (2015 zehn ganze Tage, mit einem Tagesabstecher nach Guinea-Bissau). Der senegalesische Präsident Sall begleitete ihn praktisch über den gesamten Zeitraum, unter anderem bei seinen als nahezu „seelsorgerisch" einzustufenden Besuchen in Hauptorten der sufitischen Bruderschaften in Senegal wie Tivaouane. Macky Sall, der in Senegal populär und respektiert ist, hatte ein Gespür dafür, dass der marokkanische König beim Kontakt zur senegalesischen Bevölkerung als Leitfigur anderer Provenienz und ausgestattet mit anderer Legitimität eben doch noch ein zusätzliches Identifikationselement ins Spiel bringen konnte.

Natürlich steht für die marokkanische Außenpolitik stets die Westsahara-Frage im Vordergrund. Die Interessen der marokkanischen Regierung in der Westsahara hatten zur Abwendung von der Afrikanischen Union geführt. Nach einer Neubewertung der Lage bildeten Bemühungen um eine Lösung im Sinne Marokkos ganz offensichtlich auch den Hintergrund für den Wiedereintritt im Jahr 2016. Dass die marokkanische Krone mit ihrer tief verwurzelten, traditionellen Autorität im Grenzbereich von religiösem und weltlichem Einfluss über ein wertvolles Aktivum verfügt, das auch für dieses außenpolitische Ziel gewinnbringend eingesetzt werden k*önnte*, dürfte Ausgangspunkt und Motiv der intensivierten außenpolitischen Konzentration Mohammeds VI. auf Afrika sein.

Wie die ägyptische hat auch die marokkanische Regierung die Bedeutung kontrollierter und seriöser Religionslehre und -praxis für die Vorbeugung von Radikalisierungstendenzen erkannt. Die genannten Verbindungen in die Bruderschaftsgemeinden der Sahel-Region werden seit einigen Jahren verstärkt genutzt, um Imamen an marokkanischen Hauptmoscheen und theologischen Lehranstalten Aus- und Fortbildung anzubieten.

Religiöse Affinität des Iran

Die seit der iranischen Revolution aufgebrochene Konkurrenz zwischen den Regierungen in Teheran und Riad ist schon für sich genommen ein Grund für die iranische Regierung, einer Region, in der Saudi-Arabien außenpolitisch aktiv ist, ebenfalls Aufmerksamkeit zu schenken. Zudem hat das Organisationsmodell der Bruderschaft, das wahhabitischen Puristen fremd ist, für die iranische Führung, die ihrer Rolle als Schutzmacht der schiitischen Moslems weltweit nicht ausweicht, vertraute Züge: Die besondere Stellung des Berufsklerus in der iranischen und irakischen Schia sowohl als geistliche wie auch als weltliche Autorität hat Ähnlichkeit mit dem Bruderschaftsmodell und lässt die sufitische Religionspraxis für die Schia interessant erscheinen. Zudem leben gerade in den Hafenstädten Westafrikas nicht wenige schiitische Moslems, meist Angehörige aus dem Libanon stammender Einwanderer. [2] Auch Iran versucht daher seit Längerem, im Sahel Präsenz zu zeigen. Allerdings war sein außenpolitisches Instrumentarium in den letzten zwei Jahrzehnten durch die mehrfachen Sanktionsregimes beschränkt. Auch nutzte die saudische Regierung ihren starken und auch wirtschaftlich bedeutenden Einfluss, um diplomatische Erfolge Irans in der Region so weit wie möglich zu verhindern. So gab es zwar auch Stipendien für theologische Weiterbildung in Iran, von denen einige heute in Westafrika tätige Geistliche profitiert haben, allerdings ist deren Zahl weit geringer als die der Geistlichen, die zu theologischen Studien nach Ägypten, Saudi-Arabien oder Katar gereist sind.

2 Die Einwanderung überwiegend maronitischer Libanesen während der französischen Kolonialzeit nahm nach dem zweiten Weltkrieg noch zu. Mit Ausbruch des libanesischen Bürgerkriegs 1975 stieg die Einwanderung von Schiiten aus dem Libanon sprunghaft an. Viele der maronitischen Libanesen oder Libanesischstämmigen sind ihrerseits aus Westafrika weiter migriert, z.B. nach Brasilien, Frankreich oder Kanada.

Die starke wirtschaftliche Rolle der Türkei

Auch der türkischen Regierung können – gerade unter der seit nahezu zwei Jahrzehnten andauernden Herrschaft der AKP – von Moslems bevölkerte Regionen der Welt nicht gleichgültig sein. Das gilt zumindest im karitativen Sinne, wenn es sich wie beim Sahel um Regionen und Menschen handelt, die in ihrer Mehrheit verglichen mit der Türkei in Armut leben. Kulturelle Gemeinsamkeiten, die sich aus der islamischen Tradition ergeben, erleichtern die Zusammenarbeit aber auf vielen Gebieten, zum Beispiel bei Direktinvestitionen und im Handel. Besonders seit dem Jahr 2010 und getragen vom türkischen Wirtschaftsaufschwung hat Ankara regelrechte Außenwirtschaftsoffensiven unternommen, darunter auch nach Westafrika, allerdings vor allem in Richtung der Küstenstaaten. Aufgrund der engen Verflechtung der AKP mit dem Infrastruktur- und Bausektor konnten die türkischen Unternehmen dieser Branche massiv in die Sahel-Staaten vordringen. Bislang hatten sich französische Staats- oder staatsnahe Unternehmen beim Straßen- und Brückenbau, bei der Errichtung von Staudämmen, Häfen und Flughäfen sowie von öffentlichen

Gebäuden durchsetzen können und waren seit etwa zwanzig Jahren allenfalls von chinesischen Unternehmen herausgefordert worden. Inzwischen genießen türkische Unternehmen den Ruf, schnell und effizient zu arbeiten, bessere Qualität abzuliefern als chinesische Firmen und kulturell reibungsloser mit der Bevölkerung und ihren Geschäftspartnern zusammenzuarbeiten als chinesische und mitunter sogar französische, trotz deren Erfahrungen seit der Kolonialzeit. Die Türkei wurde im Übrigen ein zunehmend interessanter Studienort für Studenten aus Afrika, und zwar nicht nur im Bereich der Geisteswissenschaften und Theologie, sondern gerade für Ingenieur- und Naturwissenschaften sowie Medizin. Ob die zuletzt massiv gewachsene terroristische Bedrohung in der Türkei diese Entwicklung nur kurzfristig unterbrochen oder doch zum Stillstand gebracht hat, muss noch abgewartet werden.

Insgesamt dürften die außenwirtschaftlichen Initiativen der Türkei keine besondere außenpolitische Zielsetzung zum Ausdruck bringen. Vielmehr sind sie in erster Linie Wirtschaftsförderungsmaßnahmen. So erklärt sich das Engagement türkischer Unternehmen beim Ausbau westafrikanischer Flughäfen daraus, dass mit dem dritten Flughafen in Istanbul der bislang größte der Welt entsteht. Um ihn auszulasten, muss ein ausreichendes Passagieraufkommen im Verkehr nach oder über Istanbul gewährleistet bzw. generiert werden. Vor diesem Hintergrund hat die türkische Regierung verstärkt in die wachsenden afrikanischen Flugverkehrsmärkte investiert. Der Aus- oder Neubau afrikanischer Flughäfen ist ein Schritt auf dem Weg hin zu einer engeren Verflechtung mit den Flughäfen in Istanbul.

Möglichkeiten der EU zur Stabilisierung der Region

Angesichts der eingangs anhand der plötzlichen Veränderungen in Mali geschilderten Schwäche der Staaten in der Sahel-Region und in Westafrika ist die Präsenz außenpolitischer Partner ein Wert an sich. Entscheidend ist dabei natürlich, dass die externe Einflussnahme möglichst gleichgerichtet ist und die Stabilisierung zum Ziel hat. Das ist bei den meisten der Partner, deren außenpolitische Aktivitäten hier beleuchtet wurden, der Fall. Ein gleichgerichtetes, im Bedarfsfall auch abgestimmtes Vorgehen etwa zur Sicherung einer seriösen religiösen Bildung und Praxis dürfte im Interesse der Staaten des Sahel, anderer islamischer Staaten sowie der EU sein. Natürlich wird es unter den potenziellen Partnern einer solchen Zusammenarbeit Vorbehalte geben: Sowohl für die EU-Staaten (so wird Frankreich sorgfältig darauf achten, seinen Einfluss zu wahren) als auch für die islamischen Staaten wäre sie zumindest ungewohnt; das derzeitige Verhältnis der EU zur Türkei erleichtert sie gewiss nicht. Hier wird dafür plädiert, eine solche Zusammenarbeit nicht zu tabuisieren. Wo sich Problembereiche zeigen, also etwa angesichts des wenig kontrollierten Predigerwesens auf der Grundlage von Aufenthalten in Mekka oder Medina, ist eine genaue Beobachtung des Phänomens gemeinsam mit den staatlichen Behörden der betroffenen Staaten angezeigt und sollte, günstigenfalls in Zusammenarbeit mit Partnern aus der islamischen Welt wie Marokko oder Ägypten, zurückgedrängt werden. Neue Tätigkeitsbereiche für „Dreieckskooperationen“ könnten möglich werden und sollten jedenfalls nicht tabu sein. Die massive Verstärkung der Zusammenarbeit der EU in diesem Sektor ist in der Region begrüßt worden. Ihre effiziente Fortführung setzt viel Fingerspitzengefühl voraus und möglicherweise auch die Zusammenarbeit mit weiteren Partnern außerhalb der Sahel-Region.

Operative Empfehlungen für einen europäischen Ansatz

- Möglichkeiten partnerschaftlichen Zusammenwirkens in der Region in „Dreiecksform“, z.B. mit Ägypten und Marokko, sollten sondiert werden.
- Ein gleichgerichtetes, im Bedarfsfall auch abgestimmtes Vorgehen etwa zur Sicherung einer seriösen religiösen Bildung und Praxis dürfte im Interesse aller Beteiligten sein und sollte Förderung erfahren durch professionalisierte Imam-Ausbildung und die Schaffung hoher Standards für den Arabischunterricht.
- Formen der Zusammenarbeit mit den Bruderschaften in vertretbaren Einzelbereichen sollten ausgelotet werden.

Literatur

Behrman, Lucy C. (1970), *Muslim Brotherhoods and Politics in Senegal*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

Coulon, Christian (1981), *Le marabout et le prince (Islam et pouvoir au Sénégal)*, Paris: Editions A. Pedone.

Cruise O'Brien, Donal B. (1971), *The Mourides of Senegal: The Political and Economic Organisation of an Islamic Brotherhood*, Oxford: Clarendon Press.

Karrat, Ali Salih (1992), *The Sufi Brotherhoods in the Sudan*, London: Chr. Hurst & Evanston.

Pouwels, Randall L. van, und Nehemia Levtzion (Hrsg.) (2000), *The History of Islam in Africa*, Athens/Ohio: Ohio University Press.

Sambe, Bakary (2010), *Les arabisants Sénégalais: Une contre-élite à l'heure de la reconfiguration du champs politico-religieux*, Blog: Islam, Société, Diversité, Universalité, 29. Juni, http://bakarysambe.unblog.fr/category/societe/page/3/ (17. Oktober 2017).

Sambe, Bakary, und Djibril Ba (2013), *Grand angle sur le radicalisme religieux et la menace terroriste au Sénégal*, Rapport sur la paix et la sécurité dans l'espace CEDEAO, 3, Dakar: Institut d'études de sécurité (ISS).

Seesemann, Rüdiger (2016), Die Sufi-Orden in der senegalesischen Politik, in: *INAMO (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten)*, 22, 86, 19-20.

Timbuktu Institute (2016), *Perception du terrorisme chez les jeunes dans la grande banlieue de Dakar*, Timbuktu Institute Dakar, African Center for Peace Studies.

Vikør, Knut S. (2000), Sufi Brotherhoods in Africa, in: Randall L. van Pouwels und Nehemia Levtzion (Hrsg.), *The History of Islam in Africa*, Athens/Ohio: Ohio University Press, 441-476.

Der Autor

Bernhard Kampmann ist Diplomat im deutschen Auswärtigen Dienst und zurzeit Visiting Diplomat in Residence and Fellow am GIGA German Institute of Global and Area Studies, Hamburg. Bis 2016 war er deutscher Botschafter in Senegal, Cabo Verde, Gambia und Guinea-Bissau mit Sitz in Dakar. Frühere Auslandsverwendungen hatten ihn nach Tunis, Washington, Peking, Paris und Brasilia geführt.

bernhard.kampmann@giga-hamburg.de, www.giga-hamburg.de/team/kampmann

GIGA Forschung zum Thema

Forschungsteams des GIGA Forschungsschwerpunkts 2 „Frieden und Sicherheit" untersuchen, wie soziale Identitäten und Ideologien Konflikte verstärken oder vermindern, welche Institutionen (wie Machtteilungsregierungen, Reformen des Sicherheitsapparats und Übergangsjustiz) Frieden fördern und auf welche Weise externe Akteure Frieden und Konflikte beeinflussen bzw. welchen Einfluss ihre Interventionen auf der lokalen, nationalen, regionalen und internationalen Ebene haben.

GIGA Publikationen zum Thema

Basedau, Matthias (2017), *Religiöse Konflikte auf dem Vormarsch in Subsahara-Afrika: Keine einfachen Erklärungen und Lösungen*, GIGA Focus Afrika, 4, Hamburg: GIGA, www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika.

Basedau, Matthias, Simone Gobien und Sebastian Prediger (2017), *The Ambivalent Role of Religion for Sustainable Development: A Review of the Empirical Evidence*, GIGA Working Papers, 297, Hamburg: GIGA, www.giga-hamburg.de/workingpapers.

Basedau, Matthias, und Nina Mappes (2015), K*riegskontinent Afrika? Ein Klischee auf dem Prüfstand*, GIGA Focus Afrika, 5, Hamburg: GIGA, www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika.

Basedau, Matthias, Birte Pfeiffer und Johannes Vüllers (2016), Bad Religion? Religion, Collective Action, and the Onset of Armed Conflict in Developing Countries, in: *Journal of Conflict Resolution*, 60, 2, 226-255.

Kovacs, Amanda (2014), *Saudi Arabia Exporting Salafi Education and Radicalizing Indonesia's Muslims*, GIGA Focus International Edition English, 7, Hamburg: GIGA, www.giga-hamburg.de/giga-focus/international.

Lorch, Jassin, und Annette Ranko (2016), *Salafisten im Maghreb: Politische Ambitionen nach dem „Arabischen Frühling"*, GIGA Focus Nahost, 7, Hamburg: GIGA, www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost.

Mattes, Hanspeter (2016), *Islamistischer Wahlsieg in Marokko löst Krise bei der Regierungsbildung aus*, GIGA Focus Nahost, 5, Hamburg: GIGA, www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost.

Vüllers, Johannes, Birte Pfeiffer und Matthias Basedau (2015), Measuring the Ambivalence of the Sacred: Introducing the Religion and Conflict in Developing Countries (RCDC) Dataset, in: *International Interactions*, 41, 5, 857-881.

Impressum

Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Internet gelesen und heruntergeladen werden unter www.giga-hamburg.de/giga-focus und darf gemäß den Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0 frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.

Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Der GIGA Focus wird vom GIGA redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Gesamtredaktion GIGA Focus: Dr. Sabine Kurtenbach
Redaktion GIGA Focus Afrika: Prof. Dr. Robert Kappel
Lektorat: Ellen Baumann

GIGA | Neuer Jungfernstieg 21
20354 Hamburg
www.giga-hamburg.de/giga-focus
giga-focus@giga-hamburg.de

GIGA
German Institute of Global and Area Studies
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien